Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

Band: 59 (1980)

Heft: 6

Artikel: Kein Respekt vor marxistischer Ideologie : Anmerkungen zum Entwurf des SPS-Wirtschaftskonzepts

Autor: Mauderli, Roland

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-347711

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 20.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Roland Mauderli

Kein Respekt vor marxistischer Ideologie

Anmerkungen zum Entwurf des SPS-Wirtschaftskonzepts *

Im «Profil» 12/1979 und 1/1980 wurde uns der Entwurf für ein neues SPS-Wirtschaftskonzept vorgestellt. Dieses ist von einer Arbeitsgruppe unter Leitung der Zürcher Kantonsrätin Dr. *Ursula Koch* erarbeitet worden. Für den Einsatz, den diese Arbeitsgruppe und besonders Frau Dr. Koch dabei geleistet haben, hiermit auch meinerseits recht herzlichen Dank! Eine etwas eingehendere Beschäftigung mit Wirtschafts- und Währungsfragen tut bei uns Sozialdemokraten wirklich not! Ist es doch ein offenes Geheimnis, dass sozialdemokratische Regierungen in den verschiedensten Ländern an diesen Problemen gescheitert sind. Einmal an der Macht, standen die regierenden Sozialdemokraten den wirtschaftlichen Fragen zumeist völlig hilflos gegenüber. Es gelang ihnen bespielsweise nicht, die Inflation, diesen grössten Betrug am arbeitenden Volk, in den Griff zu bekommen oder Konjunktureinbrüche und die damit verbundene Arbeitslosigkeit zu überwinden. (Siehe auch «*Profil*» 1/1980, «Die Chancen der Sozialdemokratie».)

Wenn ich nun nachstehend den Entwurf der Arbeitsgruppe Dr. Koch etwas kritisch unter die Lupe nehme, möchte ich die Verdienste dieser engagierten Parteigenossen in keiner Weise schmälern. Im Gegenteil, ich hoffe, sie damit zu neuen Ideen und Taten aufmuntern zu können.

Meine hauptsächlichste Kritik am Entwurf zum neuen Wirtschaftskonzept gilt der wohl offensichtlichen Tatsache, dass sich die Arbeitsgruppe zu sehr an das Vorbild des jugoslawischen Systems gehalten hat. (Die Idee der Selbstverwaltung als Eckpfeiler einer menschengerechten Wirtschaftsordnung.)

Anlässlich eines Ferienaufenthaltes in Jugoslawien konnte ich mich persönlich überzeugen, dass dort die sozialen und wirtschaftlichen Fragen in keiner Weise gelöst sind. Wer mit offenen Augen durchs Land reist, kann dort gewaltige soziale Gegensätze wahrnehmen. Von armseligen Behausungen sowohl auf dem Lande als auch in den Städten bis zu prunkvollen Villen von Partei- und Staatsfunktionären ist ziemlich alles anzutreffen. Der jugoslawische Staat ist stark verschuldet, und die Inflationsrate ist hoch. Trotz grossem Export von Arbeitskräften in westliche Industrieländer herrscht eine bedrückend grosse Arbeitslosigkeit. Eine wuchernde Bürokratie und Korruption beherrschen das Wirtschaftsleben. Das arbeitende Volk wird weiterhin durch die Zinswirtschaft ausgebeutet. Der Ka-

* Die Wahl des Titels fällt in die Verantwortung der Redaktion, der Inhalt in diejenige des Verfassers.

pitalismus (Kapitalismus = Vorherrschaft des Geldes über die Arbeit) wurde dort, wie in allen kommunistischen Ländern, nicht beseitigt, sondern verstaatlicht! Als Vorbild für uns somit sicher nicht empfehlenswert.

Meiner Ansicht nach sieht die genannte Arbeitsgruppe (wie leider noch die Mehrzahl der Sozialdemokraten) das Problem der Ausbeutung wohl noch immer einseitig im Unternehmer. Zu wenig wird beachtet, dass Riesenvermögen nur durch arbeitsloses, parasitäres Einkommen gescheffelt werden können, vorwiegend durch Zins, Grundrente und Spekulation. Der Unternehmer muss immer zuerst seine Kapitalgeber zufriedenstellen, die Einkommen erzielen, denen keine echte Leistung gegenübersteht. Entsprechend tiefer müssen die Arbeitslöhne ausfallen. In der kapitalistischen Wirtschaft hat die Zufriedenstellung des Kapitals immer Vorrang vor der Sicherung der Arbeitsplätze. Als Zeuge, der es wissen musste, kann ich dafür *Hans Martin Schleyer* zitieren. Hat doch der ehemalige Präsident der «Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände» anlässlich einer Auseinandersetzung mit der Forderung der Gewerkschaften über die Mitbestimmung festgestellt:

> «Jedes Kapital – sei es Eigenkapital oder Fremdkapital – muss *bedient* werden, weil es andernfalls *nicht* bereitgestellt wird. Eine marktgerechte Kapitalbedienung setzt ihrerseits voraus, dass es dem Unternehmen gelingt, mit seiner Produktion am Markt einen Preis zu erzielen, der einen angemessenen Gewinn garantiert. Denn dieser Gewinn ist die einzig mögliche Quelle zur Befriedigung der Interessen des dem Unternehmen zur Verfügung gestellten Kapitals.»

Falls eingefleischten Marxisten diese Äusserung von Unternehmerseite nicht beweiskräftig wäre, können sie sich ausserdem auf *Friedrich Engels* berufen, der ebenfalls bei einer Auseinandersetzung mit *Eugen Dühring* schrieb:

> «Wenn Dühring nicht verhindert, dass Geld geschatzt (gehortet) wird, sind die Schatzbildner in der Lage, vom Bedürftigen Zinsen zu erzwingen, auch wenn das Eigentum vergesellschaftet ist.»

Nicht die Eigentümer und deren Gewinnstreben also ruinieren die Gesellschaft, sondern das System der kapitalistischen Zinswirtschaft erzwingt beziehungsweise verursacht Ausbeutung, Inflation, Wirtschaftskrisen, Staatsverschuldung, Aufrüstung und Kriege.

Zum Kapitel «Der Rahmenplan», der von demokratisch gewählten Planungsparlamenten (Planungsräten) erstellt werden soll, habe ich schwere Bedenken anzumelden:

Diese «Planungsräte» werden nicht in der Lage sein, Betriebe zu führen, Entscheidungen zu fällen und Verantwortung zu tragen. Diese Funktionen

können immer nur von einzelnen Menschen ausgeübt werden, welche sich als im Namen und im Auftrag der Gesellschaft handelnde Personen bezeichnen. Die Berufung dieser Personen etwa auf Mehrheitsentscheidungen enthebt sie weitgehend der Verantwortung für Fehlentscheidungen. Der Hinweis auf parlamentarische Kontrolle ihrer Tätigkeit hat sich durch den politischen Alltag durchweg als ein schöner Glaube entpuppt. Wie sollen denn die gesellschaftlichen Bedürfnisse festgestellt werden, nach denen die Produktion abgestimmt werden soll? Dies kann doch nur zu Fehlplanungen führen, wie sie in den Ostblockstaaten an der Tagesordnung sind.

Es gibt doch keine Wirtschaftsform von realerem demokratischem Funktionsablauf als die Marktwirtschaft, in der jeder einzelne Verbraucher durch seine mit Geld getätigte Nachfrage an der Entscheidung über das Produktionsprogramm, das Produktionsvolumen und über die Preise mitwirkt.

Die Wirtschaft kann nur dann optimal funktionieren, wenn persönliche Verantwortung für persönliche Entscheidungen getragen wird, indem persönlicher Schaden durch Fehlentscheidung entsteht und in Kauf genommen wird. Es müssen persönliches Risiko und persönlicher Nutzen miteinander verkoppelt sein. Anders kann die Wirtschaft nicht gedeihen.

Das Postulat der *Vollbeschäftigung und der stabilen Lebenshaltungskosten* sollte zum Kernpunkt des neuen SPS-Wirtschaftskonzeptes erhoben werden. Durch eine vernünftige Geldmengenpolitik der Notenbank und eine verbesserte Gesetzgebung, die es ihr erlaubt, auch den Geld*umlauf* zu gewährleisten und jede Geldhortung zu verhindern, kann dieses Ziel erreicht werden.

Zu diesem Zwecke müssen wir eine Revision des Nationalbankgesetzes anstreben. Als Neufassung des Artikels 2 dieses Gesetzes wäre etwa folgender Wortlaut vorzuschlagen:

> *«Die Nationalbank hat die Hauptaufgabe, den Geldumlauf des Landes so zu regeln, dass eine den Gesamtinteressen des Landes dienende Stabilität des Preisniveaus der Lebenshaltungskosten bestmöglich erreicht wird. Sie führt eine dieses Ziel anstrebende Währungspolitik, erleichtert den Zahlungsverkehr und berät die Bundesbehörden in Währungsfragen.»*

Sofern die Nationalbank eine Geld- und Währungspolitik nach obigem Vorschlag befolgt, erübrigt sich eine Planung der Ersparnisse und Investitionen gemäss untauglichen marxistischen Rezepten.

Ersparnisse und Investitionen sollen in einer freien Marktwirtschaft nicht behördlich geplant, sondern durch eine gesunde Währungspolitik erleichtert und gefördert werden.

Nur wenn alles Geld sich in ständiger Zirkulation befindet, kann durch die Notenbank mittels Steuerung der Geldmenge die Kaufkraft des Geldes

stabil gehalten werden. (Auch währungspolitisch kann nur gesteuert werden, was sich bewegt.) Der Sparer hat dabei den grossen Vorteil, dass er unter Garantie den vollen Kaufwert zurückerhält, den sein Geld zum Zeitpunkt des Ausleihens besass.

Wenn Geld nicht mehr spekulativ zurückgehalten werden kann, können damit auch keine Zinsen mehr erpresst werden. Arbeitsloses Einkommen wird zugunsten der Arbeitslöhne abgebaut. Es ist leider noch viel zu wenig bekannt, dass Geld selber *nicht* arbeitet. Es sind immer tätige Menschen, die den Zins erarbeiten müssen.

Sehr zu begrüssen ist die Feststellung der Arbeitsgruppe Dr. Koch, dass Marktwirtschaft und Kapitalismus nicht dasselbe bedeuten. Diese wichtige Feststellung verdient es, noch etwas eingehender erklärt zu werden:

Die echte freie Marktwirtschaft beruht auf dem freien Wettbewerb, der ohne störende Monopole (aber auch ohne störende Planungen!) gewährleistet sein soll. Die Freiheit soll nur dort ihre Grenzen haben, wo die Freiheit des Mitmenschen in Gefahr ist und wo das Fehlen von Moral und Ehrlichkeit in der Werbung die Mitmenschen in Gefahr bringt.

Bisher wurde eine wirklich freie Marktwirtschaft noch in keinem Staate verwirklicht, denn im kapitalistischen System wird durch die verschiedensten Monopole der freie Wettbewerb unterdrückt. Obwohl gerade kapitalistische Kreise von Freiheit sprechen, missachten gerade sie den wirklich freien Wettbewerb mit ihren Kartellen, Monopolen und internationalen Konzernen.

Eine ganz gewichtige Frage, die bei einem neuen SPS-Wirtschaftskonzept nicht ausgeklammert werden darf, ist sodann die Bodenfrage. Jede wirtschafts- und währungspolitische Reform muss ergänzt werden durch ein Bodenrecht, das dem Bebauer des Bodens seinen vollen Arbeitsertrag, der Allgemeinheit aber die von ihr geschaffene Bodenrente sichert.

Da der Boden ein unvermehrbares Gut* ist, hat er Monopolcharakter. Die Naturvölker betrachten den Boden als Gemeinschaftsgut. Erst das römische «Recht» veränderte diesen Rechtsgrundsatz und führte Privateigentum am Boden ein. Der Bodeneigentümer war fortan in der Lage, den vom Bodenbesitz Ausgeschlossenen auszubeuten.

Ein sich am Naturrecht orientierendes neues Bodenrecht verlangt deshalb, dass der Boden allen gehört und in demokratischer Art verwaltet wird (Gemeinde, Genossenschaft oder Allmendverfassung).

Mit dem neuen SPS-Wirtschaftskonzept sollte angestrebt werden, grösstmögliche individuelle Freiheit und grösstmögliche zwischenmenschliche Gerechtigkeit miteinander zu verbinden. Dies ist die bis heute ungelöste politische Aufgabe unseres Jahrhunderts.

Diese Aufgabe jedoch nach marxistischer Ideologie mit den Machtmit-

---

* Als unvermehrbare Güter sind auch Naturschätze, wie Luft, Wasser, Erde, Wälder, Erze, Erdöl, Kohlen usw., zu verstehen.

teln des Staates erzwingen zu wollen, muss zu einer Beugung von Freiheit und Gerechtigkeit führen und macht aus den Staatsfunktionären (Planungsräten!), denen die Festsetzung des individuellen «Bedarfs» sowie der «Arbeitsbedingungen» obliegt, eine neue herrschende Klasse.

Die Geschichte hat uns gelehrt (oder sollte es wenigstens), dass der marxistische Weg noch in keinem «sozialistischen» Lande die soziale Frage gelöst hat. Je konsequenter ein Staat die marxistischen Ideen praktiziert, um so mehr herrschen dort Terror, Gewalt, Willkür und Unterdrückung. Darauf angesprochen, behaupten gläubige Marxisten zwar immer wieder, die heutigen kommunistischen Machthaber hätten Marxens Ideen verfälscht und verraten. Das ist jedoch ein Trugschluss, denn bei *Marx* sind Zwang, Gewalt, Terror und Unterdrückung geradezu vorprogrammiert. Um seine Ziele zu erreichen, erklärte Marx im Jahre 1849 unmissverständlich in der «Neuen Rheinischen Zeitung»:

> «. . . dass es nur ein Mittel gibt, die mörderischen Todeswehen der alten Gesellschaft abzukürzen, zu vereinfachen, zu konzentrieren, nur ein Mittel, den *revolutionären Terror.*»

Im Kommunistischen Manifest von Marx und Engels finden wir den Satz:

> «Gleicher Arbeitszwang für alle, Errichtung industrieller Armeen, besonders für den Ackerbau.»

Und am 8. Dezember 1866 schrieb er gar seinem Freunde Engels:

> «Ohne Köpfen geht das Ding nicht.»

Heute würde das heissen: Ohne Terror, ohne Bomben und Geiselnahme geht es nicht. Stalinismus, Terror und die Völkermorde in Kambodscha und Afghanistan sind also nicht Betriebsunfälle des Marxismus, sondern seine Konsequenz, seine praktischen Folgen.

Wo man es – vergeblich – auf demokratischem Wege versuchte, war und ist er ein Irrlicht, das die Völker vom richtigen Wege zur Lösung der sozialen Frage ablenkt.

Wir Sozialdemokraten haben also nichts zu verlieren und nur zu gewinnen, wenn wir bei der Erarbeitung eines neuen Wirtschaftskonzeptes noch die letzten Überbleibsel aus der marxistischen Vergangenheit über Bord werfen.

Im «Profil» 1/1979 (Sozialdemokratie als dritte Kraft) schrieb Redaktor Dr. *Richard Lienhard* den wegweisenden Satz:

> «Wesentlich erscheint uns die Erkenntnis, dass nur dort, wo Sozialismus und Liberalismus zu einer Synthese wurden, eine dritte Kraft»

(zwischen ausbeuterischem Kapitalismus und totalitärer Diktatur des Kommunismus) «entstehen konnte und als solche zu wirken vermag.»

Vor wenig mehr als 50 Jahren ist ein Vorkämpfer dieser Synthese, *Silvio Gesell,* der Gründer des liberalen Sozialismus, fast 68jährig verstorben. Gesell war ein Pionier der Volkswirtschaft, dem es gelang, Licht in den Dschungel der verschiedenen Wirtschaftstheorien zu bringen. Er war ein unermüdlicher Forscher, der seiner Zeit weit voraus war. Sein kristallklarer Verstand erkannte sehr bald, dass für Absatzstockungen, Krisen und Arbeitslosigkeit nicht «kapitalistische Überproduktion», sondern Zirkulationsstörungen einer fehlerhaften Geldversorgung verantwortlich waren. Um den Güteraustausch sicherzustellen und nicht der Willkür der Geldhamsterer auszuliefern, forderte Gesell eine Geldumlaufsicherung. (Daran, dass das von Gesell vorgeschlagene «Klebemarken-Geld» als Umlaufsicherung heute technisch überholt ist, brauchen wir uns nicht zu stossen. Es sind seither modernere Methoden einer Geldumlaufsicherung vorgeschlagen worden.)

Gesell hat sich als Kopernikus der Nationalökonomie erwiesen. Seine Erkenntnisse stellten die damals geltenden offiziellen Lehrmeinungen geradezu auf den Kopf. Die Nationalökonomen seiner Zeitepoche (mit ganz vereinzelten Ausnahmen) verspotteten und beschimpften ihn als Scharlatan und hoffnungslosen Utopisten. Auch bei den damaligen Sozialdemokraten und Gewerkschaftern erging es ihm nicht besser, zu sehr glaubte man damals noch an den alleinseligmachenden Karl Marx.

Heute sind viele der damals «utopischen» Postulate Gesells verwirklicht, so das des Freihandels und der freien Wechselkurse; ebenso die Abschaffung der Goldwährung, bei der das Gedeihen oder der Verderb ganzer Volkswirtschaften von zufälligen Goldfunden abhing.

Seine Forderung, den Warendurchschnittspreis – den Index – immer auf möglichst gleicher Höhe zu halten, wird heute von unserer Nationalbankleitung voll übernommen. So erklärte Nationalbankdirektor Dr. *Fritz Leutwiler* kürzlich an einem Vortrag in Zürich:

«Im Vordergrund der notenbankpolitischen Ziele steht die Sicherung der Vollbeschäftigung und der Preisstabilität.»

Die Kaufkraft des Geldes als Massstab der Wirtschaft soll also, ebenfalls wie andere Masse (Meter, Liter, Kilo), konstant bleiben; sie soll nicht, wie bisher, ständigen Schwankungen unterworfen sein, sondern «währen». Ein Ideal der modernen Geldverwaltungen, das heute wohl angestrebt wird, aber international gesehen bei weitem noch nicht erreicht ist!

Mit der Zeit eigneten sich die Nationalökonomen mehr oder weniger die Erkenntnisse Gesells an, ohne dabei jedoch auf die Quelle zu verweisen.

Heute scheint sich aber auch hier eine Wandlung anzubahnen. Man scheint sich des geistigen Vaters nicht mehr zu schämen.

In der Sendung «Prisma» (Radio DRS vom 8. März 1980) beurteilte Professor *Hugo Sieber,* Universität Bern, Silvio Gesell in äusserst fairer Weise als einen Vorläufer der Stabilitätspolitik und der monetären Zinstheorie. Gesells Erkenntnisse seien heute weitgehend *Gemeingut der Nationalökonomie* geworden. Abschliessend stellte er fest:

«Ich glaube, man wird daraus auch die Lehre zu ziehen haben, dass Angehörige des Faches nie überheblich gegenüber Aussenseitern sein sollten, keinen intellektuellen Hochmut zeigen sollten gegenüber Menschen, die nicht der Zunft angehören, sondern dass sie vielmehr unvoreingenommen prüfen sollten, was an Gedanken, die vielleicht nicht gerade in sehr gekonnter Form vorgetragen werden, richtig ist oder richtig sein kann.»

Typisch für das Verhältnis der (modernen) Wissenschaft zu den Aussenseitern der Zunft sei die Einstellung derselben zum Wechselkursproblem. In dieser Beziehung habe man heute vollständig andere Ansichten, als sie zum Beispiel in den dreissiger Jahren üblich waren.

Wenn wir dem neuen SPS-Wirtschaftskonzept mit einer Synthese von Sozialismus und Liberalismus zum Durchbruch verhelfen wollen, so kommen wir nicht darum, uns mit Gesells bahnbrechenden Gedanken auseinanderzusetzen. Wie alles Grosse und Bahnbrechende, ist seine Lehre im Grunde denkbar einfach.

Machen wir uns deshalb mit seinem uns hinterlassenen Werk «Die natürliche Wirtschaftsordnung» vertraut. Auch uns Sozialdemokraten fällt kein Stein aus der Krone, wenn wir, wie die moderne Nationalökonomie, alte Vorurteile beiseite räumen.

Seit dem Tode Gesells vor 50 Jahren hat sich die Weltlage zugespitzt. Die Irrtümer sind zu riesenhaften Mächten geworden: der Irrtum des Kapitalismus, der die westliche Welt beherrscht, und der Irrtum des Marxismus im Osten. Gerade jetzt scheint es, die beiden Irrtümer würden zum Entscheidungskampf antreten. Es ist allerhöchste Zeit, einen dritten Weg zu suchen, wenn wir nicht eine Weltkatastrophe erleben wollen. Silvio Gesell hat diesen Weg gewiesen.